

## Das Kaligefetz.

N. Berlin, 17. Mai. (Priv.-Tel.) Der Ausschuss des Reichstages beriet heute die Novelle zum Gesetz betreffend Absatz von Kalisalzen. Die Vorlage will den Zeitpunkt der Neufestsetzung der Beteiligungsziffern der Kaliwerke um ein weiteres Jahr hinausschieben, da die Kriegsverhältnisse die Werke hindern, die erforderlichen Vorrichtungs- und sonstigen Arbeiten auszuführen. Die Notlage der Kaliindustrie wird in der Novelle grundsätzlich anerkannt, und daher ist eine Erhöhung der Inlandspreise vorgesehen. Endlich soll von der Erhebung der Reichsabgabe (§ 27 des Gesetzes), die schon durch Gesetz vom 7. September 1915 für das letzte Jahr ausgesetzt wurde, auch für das Jahr 1916 Abstand genommen und der am Schlusse des Jahres 1915 verbleibende Reservefonds von rund 4,7 Millionen Mark zur Deckung der Kosten des Reiches herangezogen werden.

Mit diesem Grundgedanken der Novelle waren alle Parteien einverstanden. Einzelne Redner traten für die Eingabe des Kalisymbikates ein, in der dringend eine erheblich höhere Festsetzung der Preise über die Höhe der Vorlage hinaus verlangt wird. Andererseits fordern die Arbeiterabgeordneten eine Teuerungszulage für die Kaliarbeiter.

In der Frage der Preiserhöhung äußerte sich Unterstaatssekretär Dr. Richter dahin, daß die unvoreilhaftige Spannung zwischen Koh- und hochprozentigen Kalisalzen gegeben werden müsse. Die Regierung werde mitarbeiten, eine befriedigende Lösung zu finden. Im übrigen sei nach Friedensschluß eine Neuregelung des Gesetzes notwendig. Die Vorlage sei übrigens nur annehmbar, wenn entsprechende Löhne gezahlt und sichergestellt würden. Die gewünschte Zahlung der Durchschnittslöhne des Jahres 1913 sei gerechtfertigt. Ueber diese Frage müßten aber noch weitere Besprechungen stattfinden.

Ein konservativer Redner trat für die Vorlage ein und bat, von einer weiteren Erhöhung der Preise im Interesse der Landwirtschaft abzusehen.

Ein nationalliberaler Redner glaubte dagegen, die Landwirtschaft könne eine weitere Preiserhöhung sehr wohl ertragen. Eine Erhöhung der Spannung sei dagegen zu vermeiden, da sich ein entsprechender Nutzen nicht ergeben werde. Zu der Lohnfrage müsse sich seine Partei ihre Stellung vorbehalten.

Ein Zentrumredner führte über die Gültigkeitsdauer der Novelle aus, daß man dem Bundesrat allein die Entscheidung darüber nicht überlassen könne. Man solle es beim Entwurf, der bis zum 31. März 1917 gelte,

belassen. Gegebenenfalls werde auch der Reichstag bereit sein, den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Auch bei den Preisen solle man nicht über die Vorlage hinausgehen. Mit der Regelung der Lohnfrage durch das Gesetz müsse man einverstanden sein, da ja auch die Preise staatlich festgesetzt würden. Vielleicht könne eine Einigung zwischen dem Syndikus und den Arbeitern erzielt werden.

Ein Fortschrittler begründete die Berechtigung höherer Preise. Die Landwirtschaft könne sich entsprechend einrichten. Da hochprozentiges Kali sehr nötig sei, solle man wenigstens die Spannung mehr erweitern, als der Entwurf sehe. Für die Dauer des Gesetzes sei eine feste Begrenzung vorzuziehen; es empfehle sich aber, den Schlußtermin auf den 30. Juni zu verschieben. Dem Gedanken, den Arbeitern, die wegen Uebertragung von Beteiligungsziffern den Wohnort wechseln müßten, die Umzugskosten durch das übertragende Kaliwerk zu vergüten, könne man zustimmen.

Unterstaatssekretär Dr. Richter empfahl, den 31. März 1917 als Schlußtermin für das Gesetz beizubehalten. Für seine Person habe er gegen eine Preisnormierung für 40proz. Düngesalze auf 20 Pfg. nichts einzumenden.

Ein sozialdemokratischer Redner verteidigte die von seinen Freunden gestellten Arbeiterlohnansätze. Die Durchschnittslöhne von 1913 müßten als Maßstab gelten. Die Tarifverträge dürften zu keiner Herabsetzung der Löhne führen. Die Umzugskosten müßten vergütet werden. Die Vermehrung der Werke habe schlimme wirtschaftliche und soziale Folgen gehabt. Am besten sei ein Reichskali-monopol.

Der Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft ersuchte, es bei den Preiserhöhungen der Vorlage zu belassen. Die Lohnfrage sei für die Zukunft zu regeln. Bedauerlich sei, daß die Regierung der Monopolisierung nicht näher getreten sei.

Unterstaatssekretär Dr. Richter widersprach besonders dem letzten Gedanken.

Ueber die strittigen Fragen soll noch eine Besprechung in engerem Kreise stattfinden.

Nächste Sitzung Freitag.